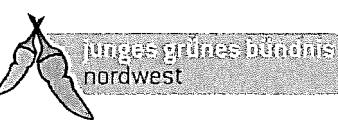
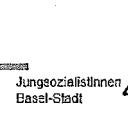


P321

131673



JugendratBL.ch

Petition an die Regierungsräte und die Parlamente beider Basel

Nein zur Erhöhung der Studiengebühren!

Kantonale Machtspiele bedrohen Bildung und Demokratie

Mit der von den Regierungen beider Basel geforderten Erhöhung der halbjährlichen Studiengebühren an der Universität Basel um ca. 150 CHF auf ca. 850 CHF wird der freiheitliche Grundsatz der Chancengleichheit ausgehebelt und der freie Zugang zu Bildung blockiert. Dies kommt einem Angriff auf die Demokratie gleich.

Die Student_innen werden als Bauernopfer der kantonalen Politik benutzt. Unsere Gesellschaft braucht gut ausgebildete Ärzte_innen, Rechtsanwälte_innen, Manager_innen, Lehrer_innen und Chemiker_innen - doch woher sollen diese kommen, wenn sich immer weniger Personen ein Studium leisten können?

Schon heute müssen 75% der Student_innen arbeiten, um die nötigsten Lebenskosten decken zu können. Weitere finanzielle Bürden bedrohen viele Student_innen in ihrer Existenz.

Es ist darüber hinaus zu befürchten, dass, wenn eine Erhöhung der Studiengebühren an der Universität Basel kommt, auch eine Erhöhung derselben an der FHNW folgen wird.

- Studiengebühren widersprechen dem demokratischen Prinzip der Chancengleichheit.
- Höhere Studiengebühren sind ein finanzielles Sieb der zukünftig nötigen Fachkräfte.
- Höhere Studiengebühren vergrössern die ohnehin schon enorme Arbeitsbelastung der Studierenden, verlängern damit die Studiendauer und belasten so die Staatsfinanzen.
- Höhere Studiengebühren gefährden die nationale wie internationale Standortattraktivität.

Aus Verantwortung gegenüber der Gesellschaft:

Nein zur drohenden Studiengebührenerhöhung!

Name	Vorname	Ort/ Kanton	Unterschrift